

„Die Politik sollte nicht über Technologie entscheiden“

Die fürs Chiemedreieck zuständige Europaabgeordnete Angelika Niebler (CSU) zu PFAS, EU-Agrarpolitik und Verbrenner-Aus

Brüssel/Burgkirchen. Im Brüsseler EU-Viertel sind weiterhin die Spuren der Bauernproteste Anfang des Jahres zu sehen: Direkt vor dem Parlamentsgebäude stießen Landwirte Statuen von den Sockeln, außerdem wurde ein Baum so verbrannt, dass er gefällt werden musste. Vom Büro der heimischen EU-Abgeordneten Angelika Niebler im 14. Stock des Parlaments sind diese Narben gut zu sehen. Neben den Sorgen der Landwirtschaft sind es vor allem auch die Nöte der heimischen Unternehmen, die die CSU-Politikerin umtreiben. Kurz vor der EU-Wahl spricht die 61-Jährige, die gleichzeitig auch Vorsitzende des Wirtschaftsbeirats Bayern ist, über die brennendsten Probleme.

Frau Prof. Niebler, US-Präsident Bill Clinton hat den Satz geprägt: „It's the economy, stupid.“ Er meinte damit, dass am Ende immer die Lage der Wirtschaft darüber entscheidet, wie eine Wahl ausgeht. Nun steht die Europawahl an. Wird Ihnen angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage besonders in Deutschland da nicht Angst und Bange?

Angelika Niebler: Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Unserer Wirtschaft geht es nicht gut. Wir haben ein so geringes Wirtschaftswachstum wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Innerhalb Europas ist Deutschland mit Finnland Schlusslicht. Aber auch Europa insgesamt muss zulegen, wenn man die Wachstumsentwicklungen in anderen Regionen der Welt anschaut.

Was läuft in Deutschland besonders schlecht?

Niebler: Wir leisten uns mit die höchsten Energiepreise, auch durch eine, finde ich, völlig verfehlte Energiepolitik. Ich will aber gar nicht nur auf Berlin schimpfen, auch wenn es dort viele Hausaufgaben zu machen gibt. Wir sind eben auch auf europäischer Ebene gefordert.

Haben Sie ein Beispiel?

Niebler: Ich glaube, dass wir gerade in den vergangenen Jahren viel zu viel an Bürokratie, Regulatorik und Reglementierung verabschiedet haben. Dass wir in Richtung nachhaltiges Wirtschaften gehen müssen, finde ich richtig und auch wichtig. Es gibt viele gute und richtige Ansätze, um zum Beispiel die Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln. Aber wir haben viel „Klein-Klein“, viele detaillierte Regularien verabschiedet, oft auch gegen unsere Stimmen. Davon müssen wir wieder wegkommen. Sonst werden wir die notwendige Kehrtwende in der Wirtschaft nicht schaffen.

Ein konkretes Beispiel für überbordende EU-Bürokratie, die den Standort gefährdet, sind die Pläne der Kommission zur PFAS-Regulatorik. Dass Brüssel die Herstellung dieser unverzichtbaren Stoffe einschränken will, gilt als Grund mit dafür, dass schon vorab die Firma Dyneon im Chemiepark Gendorf von der amerikanischen Konzernmutter 3M geschlossen wird.

Niebler: Dazu muss man wissen, dass ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland selbst ge-



Hat von ihrem Büro im 14. Stock des Parlaments das Brüsseler Europaviertel im Blick: Die CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler. – Foto: Johannes Geigenberger

meinsam mit anderen Ländern die EU-Kommission dazu aufgefordert hat, die PFAS-Herstellung einzuschränken. Aber ich hoffe, dass jetzt die laufenden Verfahren – also konkret die Risikobewertung der Europäischen Chemikalienagentur ECHA – zügig abgeschlossen werden. Dann gibt es die Bewertung und dann den Vorschlag der Kommission und sodann sind die Mitgliedsstaaten und wir im Parlament gefordert. Ich hoffe, dass uns die Zeit nicht davonläuft, denn die Betriebe brauchen Rechtsicherheit. Und es geht ja nicht nur um die Hersteller von PFAS, sondern um die kompletten Wertschöpfungsketten. Viele Industriesektoren hängen davon ab, dass man PFAS weiter nutzen kann, weil diese in fast allen Produkten enthalten sind, die wir brauchen – in jedem Chip, in jedem Windrad, in jeder Batterie. Wenn wir also unseren Ansprüchen gerecht werden und erneuerbare Energien ausbauen wollen, dann brauchen wir aber auch in Europa die dafür nötigen Stoffe. Und solange der Umgang mit diesen Stoffen sicher ist – wie in einem modernen Werk wie dem von Dyneon – glaube ich, dass man das auch zulassen muss.

Sehen Sie noch Chancen, dass sich da bei Dyneon noch etwas bewegt?

Niebler: Das muss man sehr realistisch sehen. Dass Dyneon schließt, ist keine politische Entscheidung, sondern in erster Linie eine Entscheidung des Unternehmens und der Gesellschafter in den USA. 3M. Ich hoffe, 3M ändert seine Auffassung. Landrat Erwin Schneider und mein Kollege aus dem Bundestag, Stephan Mayer, haben sinnvolle alternative Vor-

schläge gemacht, um Dyneon zu retten, sie waren sogar in USA und haben mit den Firmenvertretern gesprochen. Ich glaube allerdings, dass man neben Plan A – dem Erhalt des Standorts Dyneon – auf jeden Fall auch auf Plan B arbeiten muss.

„Der bayerische Wirtschaftsminister ist gefragt.“

Niebler ermutigt Aiwanger zum Engagement in Sachen Dyneon

Landrat Schneider hat jüngst vorgeschlagen, Dyneon von einem PFAS-Produzenten zu einem Recyclingstandort zu machen.

Niebler: Vielleicht wäre das eine Möglichkeit. Man muss in jede Richtung denken. Der bayerische Wirtschaftsminister ist gefragt. Welche Perspektiven hat der Standort? Da müssen endlich Vorschläge von ihm kommen.

Mit Ihrer Kritik an Hubert Aiwanger sind Sie in der CSU nicht alleine. Gleichzeitig gibt es aber auch interne Kritik an Mitgliedern Ihrer eigenen Parteienfamilie, konkret Ursula von Leyen. Mit ihrem „Green Deal“ habe die Kommissionspräsidentin eher Politik der Grünen gemacht und nicht der Konservativen. Langsam rudert sie aber zurück und stellt selbst das Verbrenner-Aus wieder in Frage. Eine richtige Entscheidung?

Niebler: Ja, ich habe das Aus für den Verbrenner für grundlegend falsch gehalten. Ich halte es für falsch, dass Politiker über Technologien entscheiden. Ich glaube, dass die Elektromobilität eine rie-

sige Zukunft hat. Aber ich glaube auch, dass auch der Verbrenner mit synthetischen Kraftstoffen eine gute Alternative sein kann. Man sehe sich nur die ökologische Bilanz bei Antriebstechnologien während des ganzen Lebenszyklus an. Da schaut die CO₂-Bilanz von einem E-Auto schon anders aus, als wenn wir nur am Auspuff messen.

Trotzdem gelten E-Autos als die Zukunft, weil der Wirkungsgrad so hoch ist. Vielfach wird bereits ein Abgang auf die deutsche Autoindustrie angestimmt.

Niebler: Ich nehme bei unseren Betrieben wahr, dass diese sehr zukunftsorientiert sind, dass diese die Trends erkennen und sich auch entsprechend ausrichten. Und ich glaube, dass auch die Zulieferindustrie schon viel weiter ist, als wir oft politisch diskutieren. Und man darf ja nicht vergessen: Elektro wird sich zuerst beim Pkw durchsetzen – Lkw und landwirtschaftliche Zugfahrzeuge wie Traktoren werden hingegen noch lange mit Verbrennermotoren fahren.

Mit dem Verweis auf fehlende Treibstoff-Alternativen für Traktoren liefern Sie die Steilvorlage für die nächste Frage: Die angekündigte Streichung des Agrardiesels hat für historische Proteste der Landwirte in Deutschland gesorgt. Aber auch anderswo in Europa und nicht zuletzt hier in Brüssel gingen die Bauern auf die Straße. Dabei ist der Agrarbereich der höchste Haushaltsposten der EU, Milliardensubventionen fließen in diesen Bereich. Sind die Bauern undankbar?

Niebler: Nein, ich finde schon das Wort Subventionen gar nicht passend. Unsere Landwirte haben höchste Umweltschutzaufgaben. Dafür müssen sie auch unterstützt werden. Denn sonst ist unsere kleinteiligere Landwirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Grundfragefrage ist: Will man Landwirtschaft auch in Deutschland, in Bayern haben, ja oder nein? Und für mich ist es elementar, dass wir unsere Lebensmittelversorgung selbst sicherstellen können.

„Die Agrarpolitik gehört weiterhin auf die europäische Ebene.“

Niebler über eine mögliche Renationalisierung der Agrarpolitik

Sie sagen es selbst: Im deutschsprachigen Raum haben wir eine sehr kleinteilige Landwirtschaft. In Ost- und Südeuropa ist die landwirtschaftliche Struktur hingegen eine ganz andere. Ist da die Agrarpolitik auf EU-Ebene überhaupt richtig angesiedelt?

Niebler: Die Frage ist berechtigt. Wir haben alle Jahre wieder die Diskussion, ob wir eine Renationalisierung der Agrarpolitik anstreben sollten. Ich finde das Motto für die Produktion sollte sein „Aus der Region – für die Region“. Gleichzeitig exportieren unsere Landwirtinnen und Landwirte viele unserer heimischen landwirtschaftlichen Produkte auch in den Europäischen Binnenmarkt. So ist Italien beispielsweise unser größter Abnehmer für Milch. Die Agrarpolitik gehört deshalb weiterhin auf die europäische Ebene, auch um gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen für alle innerhalb der EU sicherstellen zu können. Aber es ist notwendig, dass man die regionalen Gegebenheiten ausreichend bei Vorgaben berücksichtigt und genügend Freiraum zum Atmen lässt.

Gilt das auch noch perspektivisch, wenn man über einen EU-Beitritt der Ukraine nachdenkt? Dort sind die Flächen ja viel größer als in allen aktuellen EU-Staaten.

Niebler: Wir haben Krieg in der Ukraine und wir nehmen kein Land auf, das sich im Krieg befindet. Daneben müssen auch alle Kriterien für einen Beitritt eingehalten werden. Dazu gehört auch die Rechtsstaatlichkeit, Stichpunkt Korruptionsbekämpfung. Es muss uns klar sein, welche Folgen ein Beitritt der Ukraine für unseren Binnenmarkt hat. Schon jetzt merken wir, dass zu viel ukrainisches Getreide auf dem europäischen Markt landet, welches eigentlich nach Afrika gehört, und damit unsere heimische Landwirtschaft bedroht. Umgekehrt heißt das nicht, dass wir an der Unterstützung für die Ukraine rütteln: Wir unterstützen die Ukraine. Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine.

Eigentlich würde man meinen, gerade der Angriff Russlands auf die Ukraine würde den Menschen den Wert der EU als Friedensunion ins Gedächtnis rufen. Doch das Gegenteil scheint der Fall, die Menschen wirken unzufriedener denn je mit Brüssel. Wie nehmen

Sie die Stimmung im Wahlkampf wahr?

Niebler: Ich nehme wahr, dass viel Verunsicherung bei den Menschen vorherrscht. Sie fragen sich, wie es weitergeht. Dies ist auch verständlich, da es nun nach dem Schrecken der Corona-Pandemie und über 70 Jahren Frieden wieder Krieg in Europa gibt. Außerdem verspüre ich viel Enttäuschung in der Wirtschaft, gerade im Mittelstand, aber auch bei Freiberuflern, im Handwerk und in der Landwirtschaft. In erster Linie richtet sich die Enttäuschung und der Verdruss gegen die Politik der Bundesregierung in Berlin. Gegen Brüssel richtet sich der Unmut über überbordende Regulatorik und Bürokratie. Ich bin zutiefst von unserer sozialen Marktwirtschaft überzeugt. Die Bürokratie ist in der Tat zu einer großen Belastung geworden. Hier muss es eine Kehrtwende geben, denn wir verlieren massiv an Wettbewerbsfähigkeit. Regeln zur Taxonomie, zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettengesetz, Entwaldungsverordnung, Öko-Design-Verordnung: Unsere Betriebe ertrinken in Berichtspflichten. Hier müssen wir dringend korrigieren. Es ist gut, dass in der Kommission hier gerade ein Umdenken stattfindet.

Sie sind also – trotz aller Krisen – zuversichtlich?

Niebler: Europa ist unsere Zukunft. Es gibt so viel, worauf wir in Europa stolz sein können: Über 70 Jahre Frieden in Europa, den gemeinsamen Binnenmarkt, eine gemeinsame Währung und ein Europa ohne Binnengrenzen. Das, was Europa so stark macht, ist, dass wir aus jeder Krise lernen, und es beim nächsten Mal besser machen. Diese Kraft hatten wir in Europa immer. Und das gilt jetzt auch für die globalen Krisen. Wir müssen unsere eigenen Interessen wahrnehmen – aber ohne einem erhabenen moralischen Zeigefinger.

Interview: Johannes Geigenberger

LESERSERVICE

Günstige Telefonanbieter (Call by Call)
Nur aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Tarife inklusive MwSt. in €/Min. Die Konditionen der Anbieter können sich täglich ändern. Angaben ohne Gewähr. Alle Anbieter mit Ansage. *Sowie bundeseinheitliche Feiertage

Zeit	Vorwahl	Tarif	Vorwahl	Tarif
0-7	01028	0,10	01078	0,69
7-12	01078	1,12	01038	1,49
12-18	01078	1,12	01038	1,49
18-19	01078	0,69	01038	1,49
19-24	01078	0,69	01052	0,89
Ferngespräche Mo - Fr				
0-7	01028	0,10	01088	0,49
7-8	01078	0,69	01098	1,19
8-18	01078	1,12	01098	1,19
19-21	01078	0,69	01098	1,19
21-24	01078	0,69	01098	0,89
Ortsgespräche Sa - So*				
0-18	01078	1,12	01038	1,38
18-19	01078	0,69	01038	1,38
19-24	01078	0,69	01052	0,89
Ferngespräche Sa - So*				
0-7	01028	0,10	01078	0,69
7-8	01028	0,10	01012	0,55
8-19	01012	0,55	01078	1,12
19-24	01078	0,69	01098	0,89
Festnetz zu Mobilfunk Mo - So				
0-24	01078	1,69	01052	1,75

Quelle: bjallo.de 3. Mai 2024
Nächste Woche: Günstige Telefonanreise ins Ausland

Egis komplettiert Bundorfer Projekt

Neuöttinger Energiegenossenschaft eröffnet Fernwärmenetz

Neuötting/Bundorf. Die Bürgerenergiegenossenschaft Egis und ihre Partner haben vergangene Woche zusammen mit Steffen Vogel, Mitglied des Bayerischen Landtags, das Fernwärmesystem in Bundorf (Lkr. Haßberge) in Betrieb genommen. Die Anlage ist Teil einer ganzheitlichen Energieversorgung, zu der auch ein 125 Hektar großer Solarpark, einer der größten in Deutschland, sowie einige Ladesäulen für E-Fahrzeuge

zählen. Die Fernwärmeversorgung in Bundorf besteht aus einer Heizzentrale mit zwei großen Luftwärmepumpen, einem Biomassekessel, einem Warmwasserspeicher und einem 1 600 Meter langen Fernwärmeleitungsnetz. Angeschlossen sind aktuell über 20 private Haushalte sowie die öffentlichen Liegenschaften der Gemeinde. Der Baubeginn war im Jahr 2023, parallel zur Errichtung des großen Solarparks in Bundorf.

Seit Ende 2023 befindet sich das Fernwärmenetz im Probebetrieb und ist nun, dank der Integration der Luftwärmepumpen, voll einsatzfähig. Diese Pumpen wiederverwenden Strom aus dem PV-Park angetrieben. Damit das Fernwärmesystem unabhängig von der Sonne immer versorgt ist, nutzt das System sowohl die Vorteile der Luftwärmepumpentechnologie als auch die der Hack-schnitzelheiztechnik. – hw



Freuen sich über die Eröffnung des Fernwärmenetzes: Pascal Lang (links), Egis-Vorstandsvorsitzender, und Mdl. Steffen Vogel – Foto: Egis

Bauen mit und ohne Holz

Neue Studiengänge an der TH Rosenheim

Rosenheim. Die TH Rosenheim baut ihr Studienangebot weiter aus: Zum kommenden Wintersemester starten der Bachelorstudiengang Immobilien- und Facility-Management und der Masterstudiengang Bauingenieurwesen mit Studienschwerpunkt Holz. „Als Immobilienmanager kümmert man sich um die administrativen, finanziellen und technischen Angelegenheiten eines Gebäudes beziehungsweise einer Immobilie“, erläutert Professor Rudolf Hiendl. Der ebenfalls neue Masterstudiengang Bauingenieurwesen mit Studienschwerpunkt Holz bietet die Möglichkeit einer Vertiefung und Spezialisierung. Infos auf www.th-rosenheim.de – hw